

Schule schwänzen ist heilbar

■ Prohlis

In der Beratungsstelle „Kopilot“ erhalten gestrauchelte Jugendliche eine zweite Chance.

VON DANA RITZMANN

Als Erstes wird der Frühstückstisch gedeckt, der Kaffee dampft in den Tassen, und die Marmelade zaubert bunte Tupfer auf den Tisch. Leise klappern die Löffel, als sich die fünf Jugendlichen einen guten Appetit wünschen. „Die meisten wissen gar nicht, was das heißt, gemeinsam zu frühstücken“, sagt Kerstin Hackel mit Bedauern. Wohin das führt, sieht sie in ihrer täglichen Arbeit als Koordinatorin der Beratungsstelle „Kopilot“. Hierher, in die Herzberger Straße 22, kommen diejenigen, die mit ihrem Leben nicht mehr weiter wissen. „Oft kommen die Jugendlichen und fragen nach Hilfe bei einer Bewerbung, aber da gibt es oft ganz andere Baustellen, die erstmal gesichert werden müssen“, sagt Ha-



Das Kopiloten-Team um Jost Otto, Uta Sawade und Kerstin Hackel (v.l.) berät seit fünf Jahren in Prohlis.

Foto: André Wirsig

ckel. Sie und ihre Kollegen beraten zu Wohnungsfragen und Schulden, helfen schwangeren Mädchen und geben Orientierung in der Berufswahl. 1 150 Jugendliche haben sich in den vergangenen fünf Jahren an die Beratungsstelle „Kopilot“ ge-

wendet. Derzeit werden 90 junge Prohliser beraten. Einige ihrer „Fälle“ kennt Hackel schon, weil sie vorher von ihrem Kollegen Jost Otto betreut wurden. Dieser ist Koordinator des Projektes „2. Chance“, das Schulverweigerer wieder auf den richtigen Weg bringen soll. Derzeit werden 30 Schüler zwischen zwölf und 16 Jahren wieder an den Schulalltag herangeführt. Dazu gehören Mathe und Grammatik genauso wie handwerkliches Arbeiten. Etwa 40 Prozent der 80 Jugendlichen, die seit 2008 die zweite Chance bekommen haben, schließen das einjährige Betreuungsprojekt erfolgreich ab. Trotz zwölf Prozent Abbrecherquote sei die zweite Chance sehr wichtig.

Gegenwärtig kämpft die Kompetenzagentur Dresden-Ost, die die Projekte „Kopilot“ und „2. Chance“ koordiniert, um ein finanzielles Konzept. Ende des Jahres läuft die Förderung durch die EU aus. Bisher wurden 65 Prozent der 180 000 Euro Projektkosten im Jahr vom Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert, das restliche Geld kommt von der Stadt und dem Bundesfamilienministerium.